

Entschließungsantrag

Der Kreistag der Uckermark möge beschließen:

DS-Nr. 139/2004 EINGEGANGEN 05. Aug. 2004

Die Abgeordneten des Uckermärkischen Kreistages fordern im Namen der Bewohner der Uckermark die Verantwortlichen auf allen Ebenen dazu auf, die Hartz IV Regelungen in den Teilen zurückzunehmen, die die Menschenwürde berühren.

Dies betrifft insbesondere Regelungen, die die Ersparnisse von Kindern der betroffenen Familien berühren, Lebensversicherungen und Altersvorsorge. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die sorgsam an ihre Zukunft und die ihrer Kinder gedacht haben, nunmehr bestraft werden. Es müssen auch alle Fragen unterbleiben, die die Betroffenen als Objekt staatlichen Handelns und nicht als mündigen Bürger ansehen, der ein Recht auf Privatsphäre hat.

- Wir fordern dies als Vertreter einer Region, die mit nahezu 30 Prozent Arbeitslosigkeit nach neuesten Studien am Ende aller Landkreise in der Entwicklung steht.

In unserer Region wirken sich die Maßnahmen von Hartz IV nur mit den negativen Seiten aus. Die positiven vorwärts schauenden Aspekte, wie eine schnellere und effektivere Vermittlung von Arbeitslosen, läuft in der Uckermark ins Leere. Hier gibt es keine freien Stellen zu vermitteln. Dies hätte die Landesregierung der Bundesregierung rechtzeitig vermitteln sollen!

- Verschärft wird diese Lage durch die angekündigte Politik des Landes und des Bundes, nur noch aussichtsreiche Schwerpunkte zu fördern.

Wir Abgeordnete des Kreistages fragen, was geschieht mit den weiten ländlichen Räumen in der Uckermark?

- Wir Kreistagsabgeordneten sind uns bewusst, dass gespart werden muss. Jedoch nicht so! Und nicht allein auf dem Rücken der schwachen Regionen und ihrer Menschen.

Wir fordern die Verantwortlichen in Bund und Land auf alle anderen Sparmöglichkeiten auszuschöpfen und insbesondere bei der Planung von Großprojekten sorgfältiger mit

Steuergeld umzugehen. Wesentliche Mittel könnten z. B. auch durch die Streichung oder Reduzierung der Subventionen für die Windindustrie freigesetzt werden. Dies hätte den zusätzlichen Vorteil, dass der Uckermark weitere Windfelder erspart blieben und bestehende abgebaut würden. Mit der positiven Auswirkung, dass Arbeitsplätze im Tourismus und Dienstleistungsbereich in der Uckermark, die in der Nähe des Ballungsraums Berlins liegt, nicht weiter gefährdet und in Zukunft verstärkt entstehen könnten. Mit dem weiteren Vorteil, dass die Energiepreise nicht weiter steigen und wieder Solarenergie in die Netze eingespeist werden könnte.

Die Abgeordneten des Kreistages laden den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Wirtschaftsminister ein, vor Ort im Plenarsaal des Kreistages zu einem zeitnahen passenden Termin mit betroffenen Bürgern zu diskutieren. Bei dieser Gelegenheit eines Besuches in der Uckermark könnten sie sich auch ein Bild von den Folgen ihrer Subventionspolitik hinsichtlich des Ausbaus der Windenergie machen.

Hans-Joachim Mengel
(Fraktionsvorsitzender)

